Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 192 | Dresden, Donnerstag den 18. August 1921 | 32. Jahrg.

Weltmarktgetreidepreis — Weltmarktlohn

Von Georg Schmidt, Vorsitzender des Deutschen Landarbeiterverbandes

Durch das sogenannte Umlageverfahren sollen im neuen Erntejahr 2½ Millionen Tonnen Getreide, einschließlich Hafer oder Gerste, erfaßt werden. Der versorgungsberechtigte Teil der Bevölkerung, der gezwungen ist, Brotkarten zu beziehen, um sich mit Brot zu versorgen, bedarf einer Menge von etwa 4½ Millionen Tonnen Brotgetreide. Bis zum 25. Mai 1921 wurden bei der bisherigen öffentlichen Bewirtschaftung der Inlandgetreideernte abgeliefert: 2 600 000 Tonnen Brotgetreide (Roggen oder Weizen), 583 000 Tonnen Gerste und 375 000 Tonnen Hafer, zusammen: 3 558 000 Tonnen an ablieferungspflichtigem Getreide. Der Ernährungsminister Hermes hatte 4½ Millionen Tonnen gefordert, der Reichsrat hatte das Ablieferungssoll im Gesetzentwurf auf 3 Millionen Tonnen festgesetzt und im Reichstag hat die bürgerliche Mehrheit das Ablieferungssoll nochmals herabgesetzt, so daß nur 2,5 Millionen Tonnen durch Umlage zu erfassen sind.

Das Umlageverfahren ist aber durch Beschlüsse des Reichstages derartig mit Klauseln versehen worden, daß es jedem Landwirten leicht möglich ist, sich von der Ablieferung zu drücken. Ganz mit Recht haben 280 Landräte, die während der Beratungen im Reichstag über die Neugestaltung der Getreidebewirtschaftung in Berlin versammelt waren, einstimmig das Urteil gefällt, es sei unmöglich, nun kurz vor der Ernte dieses Verfahren überhaupt durchzuführen.

Die sozialdemokratischen Parteien hatten die Beibehaltung der bisherigen Bewirtschaftung gefordert. Da dieser Antrag abgelehnt wurde, forderten die sozialdemokratischen Parteien, das Ablieferungssoll im Umlageverfahren auf 4½ Millionen Tonnen zu erhöhen. Auch dieser Antrag wie ebenso andere Verbesserungsanträge wurden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Mit Hilfe der Deutschnationalen, die jeweils mit aller Entschiedenheit die freie Wirtschaft verlangten, wurde in der dritten Lesung das Umlageverfahren, wonach nur 2½ Millionen Tonnen zu erfassen sind, beschlossen. Es ist dabei zu beachten, daß die Landwirte nicht nur Weizen und Roggen, das eigentliche Brotgetreide, abliefern sollen, sondern auch Gerste oder Hafer abliefern können. Das Umlageverfahren ist weiter nichts als eine Kulisse, um die nun tatsächlich eingetretene freie Wirtschaft zu verdecken. Die gegenwärtigen Bestrebungen der Landbünde laufen ja auch darauf hinaus, nun recht schnell die freie Wirtschaft einzuführen. Haben doch die bürgerlichen Parteien im Reichstag später, nachdem das Umlageverfahren beschlossen war, den Antrag angenommen, die Reichsregierung zu ersuchen, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, damit alsbald der freie Verkehr für Brotgetreide, Gerste und Hafer inländischer Ernte eingeführt wird. Bei den bürgerlichen Parteien waren nur politische und taktische Beweggründe ausschlaggebend, daß zum Schluß die Deutschnationalen für das Umlageverfahren stimmten, das sie, wie gesagt, bis zuletzt entschieden bekämpft haben.

Die Arbeiterschaft wie überhaupt die breite Masse des Volkes muß sich leider damit abfinden, daß für das Getreide und damit für das Brot selbst die Marktlage entscheidend wird für die Preisbestimmung. Auf dem Lande laufen ständig Anträge ein, worin gegen die Erhöhung des Brotpreises protestiert wird. Es ist aber nun nicht mehr möglich, den Brotpreis künstlich niedrig zu halten. Die vom Reiche zur Verfügung gestellten Mittel zur Verbilligung des Brotpreises durch Einfuhr von ausländischem Getreide sind bedeutend herabgesetzt und daher nicht mehr ausreichend. Außerdem ist auch folgendes zu beachten: alles Getreide, das über das Ablieferungssoll hinaus abgeliefert wird, kommt in den freien Handel. Man kann der breiten Masse des Volkes nicht zumuten, daß in Qualität schlechte Brot, das aus Umlagegetreide hergestellt wird und auf Brotkarten zu beziehen ist, zu konsumieren, während die Besitzenden sich gutes Brot und noch dazu Kuchen und Mehl kaufen können, soviel sie wollen. Das beschlossene Umlageverfahren wird schnell zusammenbrechen und wenn man konsequent sein will, müssen wir alle dazu beitragen, daß diese kostspielige Bewirtschaftung des Umlagegetreides so schnell wie möglich verschwindet. Man löse die Reichsgetreidestelle recht bald auf und die Regierung soll die Mittel, die bisher für die Bewirtschaftung des Getreides aufgewendet wurden, dazu verwenden, um aus dem Auslande dafür Getreide einzukaufen, um mit diesem Auslandgetreide im freien Verkehr verbilligend zu wirken. Es ist doch nicht nur die Reichsgetreidestelle, die große Kosten verursacht, sondern in jedem Landratsamt, ja in jeder Gemeinde sind Personen beschäftigt bei der Getreidebewirtschaftung und der Brotkartenverteilung. Allein die Herstellung der Brotkarten kosten erhebliche Summen. Man muß diesen harten Tatsachen fest ins Auge blicken und der breiten Masse des Volkes sagen, daß ihr Verlangen, nun den Brotpreis künstlich niedrig zu halten, leider nicht mehr erfüllt werden kann. Die bürgerlichen Parteien wollen die freie Bewirtschaftung des Getreides und das Volk hat sich bei diesen Parteien nun dafür zu bedanken, daß recht bald eine erhebliche Verteuerung des Brotes und der sonst aus Mehl hergestellten Nahrungsmittel erfolgt.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat, unterstützt von den sozialdemokratischen Parteien, alles getan, um diese Verteuerung des notwendigsten Nahrungsmittels zu verhindern. Seine Mahnungen wurden aber nicht beachtet. Nun gilt es aus dieser Haltung der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages die Konsequenzen zu ziehen. Die bürgerlichen Parteien wollen die Weltmarktpreise, demnach sind nunmehr Weltmarktlöhne zu fordern.

Notgedrungen hat sich der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf diesen Standpunkt gestellt und dies ist auch die Meinung der Arbeitnehmervertreter aller Richtungen in der Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands. Die Unternehmervertreter haben bei jeder Gelegenheit dafür gestimmt, daß auch die Landwirtschaft sich frei betätigen kann und haben dabei immer betont, daß dann auch die Löhne den Produktenpreisen, besonders dem Getreidepreis entsprechend zu gestalten sind. Das Getreide nimmt im Warenverkehr in der freien Wirtschaft keine Ausnahmestellung mehr ein und es muß deshalb das Bestreben der Lohn- und Gehaltsempfänger darauf gerichtet sein, trotz der Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse eine entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhung zu erzielen. Das Reich, die Länder und die Gemeinden müssen für ihre Beamten und ferner für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, Kleinrentner usw. dementsprechend ebenfalls die Konsequenzen ziehen. Es mag nicht angenehm sein, derartige Wahrheiten auszusprechen, aber es ist dies notwendig, um das Volk vor Illusionen zu bewahren, daß es jetzt noch möglich sei, den Brotpreis künstlich niedrig zu halten.

Die politische Forderung ist ferner die, jede Erschwerung der Einfuhr von Auslandsgetreide sowie sonstiger Nahrungs- und Futtermittel aus dem Auslande zu bekämpfen, dagegen jede Ausfuhr dieser Produkte zu verhindern. Vielleicht ist die Zeit nicht mehr fern, daß für die Landwirte wieder die Caprivizeit kommt. Dann kommt für die Vertreter der breiten Masse des Volkes die Zeit, um eine vernunftgemäße Wirtschaftsordnung herbeizuführen, wie die Ernährung des Volkes durch die Produktion im Inlande sicher gestellt wird.

Die Interparlamentarische Konferenz

Stockholm, 17. August. Die Verhandlungen der **Interparlamentarischen Konferenz** wurden heute vormittag im Reichstagsgebäude in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Ministers des Aeußeren eröffnet. Abordnungen waren erschienen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, Japan, Deutschland, Oesterreich, Dänemark, Großbritannien, Finnland, Italien, Norwegen, Holland, der Schweiz und Schweden. Zu Beginn der Konferenz forderte der Vorsitzende des Interparlamentarischen Rates, Lord Weardale aus England, im Namen des Rates Freiherrn v. Adelswärd aus Schweden auf, als Präsident bei den Verhandlungen der 19. Interparlamentarischen Konferenz zu fungieren.

Freiherr v. Adelswärd hielt darauf eine Ansprache, in der er nach Begrüßung der Teilnehmer zunächst daran erinnerte, wie die Konferenz im Jahre 1914 hätte stattfinden sollen, im letzten Augenblick aber nicht eröffnet wurde. Freiherr v. Adelswärd wies darauf hin, wie der Völkerbund ohne die Mitwirkung der Interparlamentarischen Union zustandegekommen sei, aber die Union dürfe sich nicht denen anschließen, die nur die Mängel des Völkerbundes sehen, wenn er auch zugebe, daß der Völkerbund unvollkommen sei. Der Redner betonte darauf, daß die Rechte der Nationen und der Völker eine genau festgestellte Grundlage haben müßten. Im Namen der schwedischen Regierung begrüßte Ministerpräsident v. Sydow die Konferenzteilnehmer und gab einen Ueberblick über die schwedische auswärtige Politik während des Weltkrieges.

Sodann wurde für jede an der Konferenz teilnehmende Gruppe ein Vizepräsident gewählt: für Deutschland Professor Schücking, für Oesterreich Dr. [illegible], für Holland Senator van Kol und für die Schweiz Dr. [illegible]. Nachdem van Kol den Tätigkeitsbericht des Interparlamentarischen Rates vorgetragen hatte, schlug Standen, Amerika, vor, daß die lateinamerikanischen Parlamentarier eingeladen werden sollten, eine Gruppe in der Union zu bilden. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Lord Weardale, England, hielt hierauf eine Rede über die Interparlamentarische Union und den Völkerbund. Auch dieser Redner betonte die Unvollkommenheit des Völkerbundes in der gegenwärtigen Gestalt. Der Völkerbund würde erst dann die Wünsche der Interparlamentarier verwirklichen, wenn diejenigen Nationen sich ihm anschließen, die jetzt noch zögerten. Weardale wandte sich dann an die amerikanische Abordnung und betonte, daß man ihre Vorschläge mit der größten Sympathie und Aufmerksamkeit berücksichtigen werde. Zum Schluß erklärte der Redner, daß es seiner Ansicht nach nicht mehr möglich sei, Deutschland aus dem Völkerbund auszusperren, und richtete einen warmen Appell an die Amerikaner, sich nicht der Zusammenarbeit bei der Schaffung einer universellen Organisation des Friedens zu entziehen.

Krawall in Straßburg

Wie das Echo de Paris aus **Straßburg** meldet, fand gestern eine von Kommunisten einberufene antimilitaristische Versammlung statt, um gegen das Eingreifen der bewaffneten Macht in den Streit Einspruch zu erheben, der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Metallindustrie besteht. Es wurden aufreizende Reden gehalten und schließlich die Internationale in deutscher Sprache angestimmt. Die Polizei mußte einschreiten und schließlich eine Schwadron Husaren hinzuziehen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Lloyd George über Paris

Nachdem Lloyd George im Unterhaus den gegenwärtigen Stand der oberschlesischen Frage besprochen hatte, kam er auch auf die anderen Punkte, die auf dem Programm der Pariser Konferenz gestanden hatten, zu sprechen. Er führte aus:

Es bestehe kein Zweifel, daß auch die Frage der Sanktionen, die Deutschland auferlegt worden seien, schwierig gewesen sei, und daß

die wirtschaftlichen Sanktionen

nur gerechtfertigt seien, wenn Deutschland bessere Abmachungen abgelehnt hätte. Deutschland aber tue sein Bestes, um seine Verpflichtungen durchzuführen. Die Alliierten seien daher übereingekommen, eine längere Dauer dieser letzten Zollgrenze aufzugeben. Die Frage der

militärischen Sanktionen

werde dem militärischen Ausschuß, der seine Sitzungen in Paris abhalten werde, überwiesen werden. Es bestehe die Absicht, sie bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates zu behandeln. Es herrsche allgemein die Ansicht, daß die Zeit für eine allmähliche **Herabsetzung** der Deutschland durch die **Besatzung** und die **Kontrolle auferlegten Lasten** gekommen sei. Die Ausgaben dafür verschlängen Schätze. Augenblicklich hätten die Ausgaben für die Besatzung und die Kontrollkommissionen Deutschlands **fast das ganze Gold verschlungen**, das für **Reparationszwecke** verfügbar werden könnte. Es bestehe kein Zweifel, daß sie auch einen Zustand dauernder Erregung schaffen. Deutschland sei jetzt erschöpft und liege danieder. Die Alliierten hätten beschlossen, einige der Kontrollkommissionen allmählich, soweit es möglich sei, zu vermindern. Was die **Sicherheit Frankreichs** betreffe, so hänge die wahre Sicherheit Frankreichs von drei Dingen ab: erstens von der

Entwaffnung Deutschlands.

Darauf habe die britische Delegation bei allen Zusammenkünften des Obersten Rates bestanden. Wenn jedoch diese Rüstungen einmal verschwunden seien, sei es unmöglich, Rüstungen heimlich herzustellen. Nichts geschehe innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Der zweite Umstand, von dem die Sicherheit Frankreichs und Europas abhänge, sei der, daß **Deutschland sich des Ruins bewußt werde**, den der Krieg **Deutschland** zugefügt habe. Drittens hänge die Sicherheit Frankreichs davon ab, daß jedem Angreifer zum Bewußtsein gebracht werden müsse, daß er sich die ganze Welt zum Feinde mache. Ueber

die türkisch-griechische Frage

sagte Lloyd George, der einzige Weg sei, beide Parteien ihre Kämpfe ausfechten zu lassen. Der Krieg habe ein Verdienst, er zwinge zur Achtung vor Tatsachen. Die Griechen und auch die Türken würden leichter zu behandeln sein, wenn ihnen die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gründlich und deutlich zum Bewußtsein kämen. Wenn diese Zeit komme, so zweifle er nicht daran, daß der **Vertrag von Sèvres geändert** werden müsse. Lloyd George sagte: **Mäßigung im Siege** ist für eine Nation noch wichtiger als der Sieg selbst.

Dann wandte er sich der Frage der

russischen Hungersnot

zu, die die furchtbarste Heimsuchung sei, die die Welt seit Jahrhunderten betroffen habe. Soeben sei ein Telegramm der britischen Handelsvertretung in Moskau eingetroffen, das besage, daß **18 Millionen Menschen** Hilfe bedürfen, 3½ v. H. davon **seien Kinder**. Das sei die Lage, die in dem amtlichen Telegramm geschildert werde. Nachdrücklich hob Lloyd George hervor, daß niemand auf der Pariser Konferenz, ob er für oder gegen die Bolschewisten war, ein politisches Element in die Verhandlungen hineinbringen oder die Hungersnot zu politischen Zwecken ausnutzen wollte. Es könne nichts ohne die vollständige **Zusammenarbeit mit der Moskauer Regierung** in den Hungergebieten unternommen werden. Es müsse die vollständige Gewähr dafür vorhanden sein, daß alle Hilfe der in Not befindlichen Bevölkerung zugute komme. Die Leute, die das **Hilfswerk** organisieren, müßten **selbst die Aufsicht** darüber haben. Das Hilfswerk könne nur einen Erfolg haben, wenn die in den nicht heimgesuchten Gebieten wohnenden russischen Bauern veranlaßt werden könnten, ihre Getreidevorräte gegen Lieferungen abzugeben, die vom Auslande kämen. Diese ausländischen Lieferungen könnten aber nur erfolgen, wenn die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen bezüglich der bereits an Rußland gemachten **Lieferungen anerkenne**. In **Frankreich** gebe es Hunderttausende von Menschen, die ihren letzten Pfennig hergaben, um Rußland in früheren Jahren zu helfen. In **England** befänden sich zahlreiche Personen, die ihre Waren nach Rußland sandten und ihr Kapital dort anlegten. Wenn sich die Sowjetregierung Vertrauen schaffen wolle, das allein die Handelswelt dazu bewegen könne, im letzten Augenblick einzugreifen, dann müsse sie erklären, daß sie ihre **Verpflichtungen anerkenne**.

Lloyd George fuhr fort: Die Sowjetregierung gebe zu, daß man den russischen Bauern dazu bewegen müsse, sein Getreide abzugeben, und daß der einzige Weg dazu die Beschaffung von Waren für die Bauern sei. Für die Beschaffung von Waren aber gebe es nur einen Weg, nämlich **das Vertrauen der Handelswelt wieder zu gewinnen**. Lloyd George schilderte sodann die Not, die der Krieg in allen Ländern hervorgerufen habe, und erklärte unter Beifall, die

Washingtoner Abrüstungskonferenz

komme nicht eine Stunde zu früh. Jedoch auch sie werde nicht

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210818/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG